

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): i. V.: Dr. Edwards. Berlin. Unverlangt. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Moritzplatz 11800 bis 11853. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 666.

Polen in Not.

Von
Rag Theodor Behrmann,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Warschau, 9. Juli.

Von den 412 Abgeordneten des polnischen Sejm gewährten gestern abend ganze 119 der derzeitigen polnischen Regierung eine weitere knappe Atempause. Dies nennt man hierzulande eine Mehrheit für das Kabinett.

Es galt, über das Weiterarbeiten der polnischen Notenpresse zu bestimmen — oder richtiger gesagt, diesem wohl einzig blühenden Zweige der polnischen Industrie ein parlamentarischer Platz zu erteilen. Herr Steczkowski, der gegenwärtig die traurigen Finanzen der Rzeczpospolita leitet, ist zweifellos einer der hellsten Köpfe Polens auf staatswirtschaftlichem Gebiete, und dennoch sieht er sich genötigt, dort wieder anzufangen, wo seine ministeriellen Vorgänger abgeschlossen hatten: die emigrierte Notenpresse zum alleinrettenenden Staatsprinzip zu erklären.

Kein Wunder, daß rund die Hälfte der Sejmmitglieder sich gestern abend in bangem Zagen der Abstimmung enthielt und daß von den restlichen 228 Mutigen 109 sich gegen die buntbemalten Papierstreifen aussprachen, die selbst im Inlande nur noch eine Art Liebhaberwert genießen. Das Ministerium Witos bleibt, da es auf seinem Gewinn- und Verlustkonto sozusagen buchstäblich einen Reingewinn von neun Mehrheitsstimmen verzeichnet — aber Polens Not bleibt erst recht.

Die gestrige Sejmigung selbst kann uns hier nur sehr wenig interessieren, und nicht viel mehr das vorangegangene liebliche und übliche Parteienspiel vor und hinter den Kulissen, in dem der jetzige polnische Sejm mindestens ebenso geschickt und vielseitig ist wie die polnischen Landtage von ehemals. Der parlamentarische Kampf, der sich hier zwei Tage hindurch abspielte und in der gestrigen Abstimmung parat sein Ende nahm, galt nicht so sehr den drei von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfen — Genehmigung weiterer Notenemissionen, „Anleihe“ des Finanzministeriums bei der staatlichen Darlehnskasse und Diktatur des Finanzministers beim Valutaverkehr mit dem Auslande —, als dem Kabinett Witos als solchem, das man zu Falle bringen wollte. Balleibe nicht, um dann sich selbst an dessen Stelle zu setzen. Wer die Geschichte der altpolnischen Landtage kennt, weiß, daß die Opposition hierzulande, mochte es sich um das historische liberum veto eines einzelnen oder um die Fronde ganzer Gruppen und Fraktionen handeln, stets zunächst Selbstzweck gewesen war — ohne jedwede Absicht, die Zügel der Regierung an sich zu reißen und dadurch grundsätzliche Änderungen in die bisherige Regierungsart einzuführen. Man kämpfte eben allzeit und kämpft noch heutzutage in Polen um des Kampfeswillen allein — eine Art politisches Schauspielwesen, das jedem Einzelpolen eigen ist, daß ihn von jeder Gemeinschaftsarbeit zurückhält und vielleicht in allererster Linie die trüben Gesichte des Polenstaates und Polenvolkes bedingt hat und noch bedingt.

Man muß sich diese spezifische Eigenartlichkeit des polnischen Wesens vor Augen halten, wenn man die gegenwärtigen Geschehnisse hierzulande richtig einschätzen und den kommenden politischen Ereignissen eine zutreffende Prognose stellen will. Ebenowenig wie es je einen saturierten, völlig ruhigen, abgeschlossenen polnischen Staat geben wird, ist anzunehmen, daß je eine polnische Regierung in „neuen Zusammenwürfen mit einer polnischen Volksvertretung ruhig und stetig an einem Aufbau des Staates arbeiten könnte. In Polen wird stets und immer „Alles fließen“, werden wohl kaum je klar wahrnehmbare Stappen in der Entwicklung zu verzeichnen sein. Dies ist allzeit Polens Unglück gewesen — und dies bleibt auch heutzutage Polens Unglück — und zugleich eine Gefahr für die Ruhe in ganz Europa.

Und nur aus diesem Grunde muß gar sehr bezweifelt werden, ob das neue Polen in absehbarer Zeit aus dem Stadium des latenten Staatsbankrotts heraustreten kann. Die polnische Mark ist heute etwa drei deutsche Pfennige wert, im europäischen Westen und außerhalb Europas ein Nonvaleur. Diese Wirtschaftler versuchen dies mit dem üblichen Hinweis auf die passive Handelsbilanz und mit „räuberischen Spekulationen deutscher Banken“ zu erklären. Die Herren täuschen sich: die polnische Mark ist in allererster Reihe durch die stehende polnische Armee zu Grunde gegangen. Mit seinen einigen 20 Millionen Bevölkerung unterhält noch heute der polnische Staat eine reichlich halbmillionenarme mit einer nicht gerade sonderlich sparsamen Wirtschaft. Ich will hier ununtersucht lassen, ob selbst vor Jahresfrist dieser gewaltige Militärkörper absolut notwendig war, ob nicht der vorjährige Bolschewistenzug gegen Warschau wenigstens zum guten Teil durch den vorhergegangenen Polenzug gegen Kiew bedingt war, ob nicht die für Polen sehr kostspieligen Abenteuer aller dieser Petljuras, Salachowitsche, Sawintows, Peremytins der polnischen Ro-

tenpresse etwas gar zu reichliche Arbeit gegeben haben. Aber nun ist fast ein volles Jahr vergangen, seitdem die rote Welle von Warschau und dem polnischen Gebiete zurückgeflutet ist; fast sämtliche europäische Staaten haben ihre ehemaligen Riesenarmeen — teils aus eigenem Antriebe, teils infolge fremden Machtdiktats — auf einen Mindestbestand reduziert; gewaltige Fabriken für Kriegsmaterial von ehemaligem Welt-ruf bauen jetzt friedlich Lokomotiven und Schreibmaschinen, einstmals kriegstüchtige Offiziere bevölkern jetzt die atademischen Hörsäle. Nur auf den Warschauer Straßen trägt noch immer fast jeder dritte Mann den Soldatenrod, fassen Kraftwagen mit besorgt aussehenden Stählern einher, ziehen Bataillone mit Stahlhelm vorüber, rufen Zeitungsbengel ihre Blätter mit fabelhaften Auffäßen aus. Ich habe schon neulich hier auf hinweisen können, daß das polnische Militärwesen rund dreiviertel sämtlicher polnischer Staatsausgaben verschlingt — Polen verblutet sich an seinem Krieg im Frieden.

Nennen wir das Kind beim Namen: Polen ist ein ausgeprägter Militärstaat. Studenten und Gymnasiasten, Schulmädler und „Sokols“ tragen mit besonderem Stolz auf

ihrem Kopfe die Soldatenmütze, Zünfte und Vereine passen sich bei den ewigen Straßenumzügen dem Militärschritte an, große Felddienübungen und Manöver werden unablässig in ganz Polen abgehalten, die Hexpresse droht alltätig irgendeinem europäischen Volke mit Polens bewaffneter Faust, die Zeitungen nennen die polnische Armee eine „Wirtelbäume der nationalen Existenz“.

Jeder Durchschnittspole wird im tiefsten Brustton der innersten Ueberzeugung auf Ehre und Gewissen schwören, daß Polen seiner Armee, die es tatsächlich — und nicht einmal langsam aufrückt, nicht entraten könne, da sie Volk und Land gegen Russen, Deutsche, Tschechen, Litauer, Danziger, vielleicht gar auch Engländer oder sonst noch jemanden zu „schützen“ habe. Und diese Ueberzeugung macht eine günstige Prognose schier unmöglich: sie ist eben, wie ich schon eingangs darzulegen versucht habe, durch den polnischen Volkscharakter bedingt, der jedermann mißtraut, in jedem Andersdenkenden ohne weiteres einen niederzukämpfenden Feind sieht, fremde Staaten ebenso wie eigne Regierungen nicht zur Ruhe und ruhigem Schaffen kommen läßt. Wie soll da Polens Not ein Ende nehmen?

Lloyd George über die Pazifik-Konferenz.

Erklärungen im Unterhaus.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

in London, 11. Juli

Lloyd George hat heute nachmittags im Unterhaus die in Aussicht gestellten Mitteilungen über den Vertrag mit Japan und die damit zusammenhängenden Fragen gegeben. Auf eine diesbezügliche von Asquith gestellte Anfrage erwiderte er: „Als ich dem Parlament am Donnerstag sagte, daß ich hoffte, heute eine Mitteilung über die Fragen des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens zu machen, erwartete ich die Antwort auf die Besprechungen, die zwischen dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und China stattgefunden hatten. Ich freue mich, das Parlament heute davon benachrichtigen zu können, daß die Stellungnahme der Regierung der Vereinigten Staaten hier heute nacht mitgeteilt worden ist, und daß diese Mitteilung durchaus zu unserer Zufriedenheit lautet. Auch die Antwort der chinesischen Regierung lautet a u n t i a.“

Wir haben noch keine formelle Antwort von der japanischen Regierung erhalten, aber wir haben guten Grund, zu hoffen, daß sie von demselben Geiste getragen sein wird. Nachdem wir diese Mitteilungen erhalten haben, kann ich mir die Freiheit nehmen, das Haus über den Verlauf der Beratungen des Reichskabinetts zu informieren. Ich tue dies mit besonderer Genugtuung, weil Sie sehen werden, wie wertvoll diese Beratungen sind.

Die großen Smien der Reichspolitik im Stillen Ozean und im Fernen Osten bildeten die ersten Themen der Verhandlungen bei den Beratungen des Reichskabinetts. Besonders beschäftigten wir uns mit dem englisch-japanischen Abkommen, der Lage in China und dem Verhältnis beider Fragen zu den Beziehungen zwischen dem Britischen Reich und Nordamerika. Japan war unser alter Verbündeter. Der Vertrag hat nicht nur beiden Seiten Nutzen gebracht, sondern auch den Frieden im Fernen Osten gesichert. Mit Bezug auf China kann ich sagen, daß die Freundschaft zwischen beiden Ländern sehr wertvoll ist, und daß wir auch China zu helfen wünschen.

In den Vereinigten Staaten sehen wir heute wie alle Zeit vorher ein Volk mit hohen Idealen, mit dem wir hoffen ein Abkommen zu schaffen, um zusammenarbeiten zu können. Das war die große Aufgabe unserer Zusammenkünfte, über die wir eine Entscheidung zu erreichen suchten. Es handelte sich für uns darum, eine Methode zu finden, wie wir alle diese Faktoren in einer gemeinsamen Politik vereinen könnten, um zu einer Beschränkung der Rüstungen im Stillen Ozean zu kommen und dadurch die Schäden des Wettwüstens aus der Welt zu schaffen und die Entwicklung aller nationalen Interessen im fernem Osten zu sichern.

In erster Linie hatten wir die Aufgabe, die Situation bezüglich des englisch-japanischen Vertrages zu klären. Es bestanden Zweifel darüber, ob die Mitteilung vom Juli vorigen Jahres eine Kündigung des Vertrages bedeute oder nicht. Wenn ja, so wäre es notwendig gewesen, Maßnahmen zu treffen, um ein Abkommen zu schaffen, das während der Verhandlungen mit den übrigen Pazifikstaaten Geltung haben sollte. Verhandlungen über diese Frage

waren bereits im Gange. Wenn der Vertrag dagegen nicht gekündigt war, so würde er bis zwölf Monate nach der Kündigung bestehen bleiben. Die japanische Regierung sagte, daß eine Kündigung nicht erfolgt sei, und der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten teilte diese Ansicht. Aber da Zweifel über die Frage bestanden, wurde diese dem Vordanzler zur Entscheidung überwiesen. Er betrat die Frage mit dem Kronjuristen und entschied, daß eine Kündigung nicht erfolgt sei. (Hört, hört!) Daraus folgte, daß der Vertrag erst zwölf Monate nach einer Kündigung erlöschen könnte.

Die Diskussion über die Politik der fernem Ostens und des Stillen Ozeans, denen sich dann die Beratungen zuwandten, hat eine allgemeine Uebereinstimmung des Reichskabinetts in bezug auf die allgemeinen Linien dieser Politik zutage gefördert. Ich habe schon auseinandergesetzt, daß das erste Prinzip unserer Politik das freundschaftliche Zusammenarbeiten mit den Vereinigten Staaten sei. Wir waren überzeugt, daß hiervon mehr als von irgendeinem anderen Faktor der Frieden und das Wohlbefinden der Welt abhängt. Wir wünschen alle, unsere innige Freundschaft und das enge Zusammenarbeiten mit Japan aufrechtzuerhalten. Darauf beruht auch zum größten Teil die Wohlfahrt des britischen Weltreichs und des Fernen Ostens, daß harmonische Beziehungen zwischen den großen Mächten des Ostens fortgesetzt werden. Wir haben auch das Ziel, die offene Tür in China offen zu halten, um der chinesischen Bevölkerung Gelegenheit zur friedlichen Entwicklung zu geben. Alle Vertreter des Reichs waren der Ansicht, daß unsere Politik in dieser Frage mit voller Deffentlichkeit den Vereinigten Staaten, Japan und China mitgeteilt werden sollte, um einen Austausch der Meinungen über diese Frage herbeizuführen, der zu späteren, mehr formellen Diskussionen führen sollte.

Der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten hat sich mit der amerikanischen Vertretung in Verbindung gesetzt und die Anschaungen des Reichskabinetts ihr zur Kenntnis gebracht. Er hat gleichzeitig die Hoffnung ausgedrückt, daß diese Anschauungen den Weg für eine Konferenz über die Probleme des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens ebnen möge. Die Ansichten des Präsidenten der Vereinigten Staaten sind von der amerikanischen Regierung heute früh mitgeteilt worden. Präsident Harding hat die Mächte zu einer Konferenz über die Begrenzung der Rüstungen eingeladen (Hört, hört). Die Konferenz soll in Washington in der nächsten Zukunft abgehalten werden. Er hat auch eine Vorkonferenz vorgeschlagen, um die Fragen des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens zu besprechen. In dieser Zusammenkunft sollen die am meisten an dem Frieden und der Wohlfahrt jenes großen Weltteiles interessierten Mächte teilnehmen. Wir begrüßen Präsident Hardings kluge Initiative mit allergrößtem Vergnügen. Wenn ich das sage, so denke ich, ich spreche im Namen des gesamten Reiches. Die Welt hat auf die Vereinten Staaten gesehen und von ihnen Hilfe erwartet und ist sicher, daß das Parlament den Schritt des Präsidenten als einen Akt weitgehender staatsmännischer Klugheit ansehen und dem sehr vollen Erfolge wünschen wird.“

Die Verhandlungen der Reichskonferenz haben einen wichtigen Einfluß auf die Beschleunigung der Vorarbeiten zu Präsident Hardings epochemachenden Schritt ausgeübt. Gerade durch diese Verhandlungen ist das Interesse von dem englisch-japanischen Bündnisvertrag etwas abgelenkt worden, so daß die größere Frage